



Medizinische Versorgung im ländlichen Raum

Geburtshilfe vorerst gerettet / Neue Konzepte für ärztliche Regel- und Notfallversorgung

Die Geburtshilfe des DRK-Krankenhauses Biedenkopf sollte zum 31. März geschlossen werden. Daraufhin hat der Landkreis zu einem „Runden Tisch“ eingeladen, um eine Lösung zu finden. Dies ist vorerst gelungen. Nun muss sich zeigen, dass die gefundene Lösung auch über das nächste Jahr hinaus dauert. Der Erste Kreisbeigeordnete und Gesundheitsdezernent Dr. Karsten McGovern zeigte sich über dieses Ergebnis erfreut, zumal die Rahmenbedingungen bundesweit sehr negativ für den Erhalt der Geburtshilfen seien.

„Nicht nur bei uns zeigt sich, dass die Finanzierung und die Rahmenbedingungen für die Geburtshilfe in Deutschland dringend korrekturbedürftig sind, sonst wird es in Zukunft nur noch in den größeren Städten Geburtshilfeabteilungen geben“, erläutert McGovern.

„Geburtshilfe ist eine existenzielle medizinische Leistung der Regelversorgung, die flächendeckend und qualitativ hochwertig erhalten werden muss. Eine wohnortnahe, gute ambulante und stationäre Versorgung vor, während und nach der Geburt muss deshalb das Ziel sein“, macht Sandra Laaz, Kreisfraktionsvorsitzende der Grünen, deutlich.

Klar sei, dass auch ein Krankenhaus wirtschaftlich arbeiten müsse. „Im Bereich der Geburtshilfe führt die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung

aber zu fatalen Entscheidungen.“ In Hessen wurden in den vergangenen Jahren zahlreiche Entbindungsstationen geschlossen, davon die meisten in großflächigen Kreisen Mittel- und Nordhessens. Schon jetzt müssen Schwangere mancherorts mindestens 25 Kilometer zurücklegen, um zu einer Entbindungsstation zu kommen. Das ist eine unzumutbare und gefährliche Situation.

Aktuell ist neben der Entbindungsstation in Biedenkopf auch die des Kreiskrankenhauses Alsfeld von der Schließung bedroht. 800 Geburten sind laut Fachgutachten für eine Rentabilität nötig. Demnach müssten etwa zwei Drittel aller Geburtsstationen in Deutschland schließen. Die flächendeckende Versorgung für Schwangere würde zusammenbrechen, im mittel- und nordhessischen Raum würden nur Kassel, Marburg, Gießen und Fulda übrig bleiben.

Sandra Laaz verdeutlicht, was jetzt auf Landesebene passieren muss: „Solche Initiativen fordern wir Grünen für ganz Hessen“, sagt sie. Mit allen Akteuren – den Landkreisen und Gemeinden, den Kassen, Hebammen, Krankenhäusern – sei ein Konzept zu erarbeiten, das eine integrierte Versorgung in der Geburtshilfe im ländlichen Raum auf Dauer sicherstelle.

Integrative Versorgung heiße, dass die Kooperation aller Akteure an den Bedürfnissen von Schwangeren, jun-

gen Müttern und ihren Kindern auszurichten sei.

„Dieses Konzept hat in einer Vereinbarung zu münden, wie in Zukunft die wohnortnahe gute Versorgung sichergestellt wird. Innovative Ideen, wie beispielsweise ganzheitliche Geburtshäuser mit unterschiedlichen Berufsgruppen, sind in dieses Konzept einzubeziehen“, fordert Sandra Laaz.

Für die spezielle und hochspezialisierte Versorgung etwa bei Risikogeburten und Frühgeburten müssten regionale Netzwerke aufgebaut werden, die die Versorgung auch im ländlichen Raum sicherstellen. Die entstehenden Kinderpalliativ-Teams in Kassel, Gießen und Südhessen könnten dabei als Vorbild dienen. Diese Netzwerke und ihre Finanzierung seien ebenfalls in das Konzept einzubeziehen.

„Um sich abzeichnende Lücken in der Regelversorgung rechtzeitig feststellen und ihnen entgegenwirken zu können, ist ein Versorgungsatlas zu erstellen. Dieser erfasst vorhandene Angebote in allen Bereichen der Regel- und Maximalversorgung und zeigt überversorgte, aber gerade auch existierende oder drohende unterversorgte Gebiete mit besonderem Handlungsbedarf auf.“ In der Geburtshilfe sei ein solcher Atlas überfällig, denn die Unterversorgung im ländlichen Raum sei bereits vorhanden.

Ebenfalls sehr kritisch begleitet wird die geplante Neuorganisation der Notdienste. Der Kreistag hält eine gute Notdienstversorgung in allen Kreisteilen für unbedingt erforderlich und will gleichzeitig dazu beitragen, dass künftig auch Ärzte gefunden werden, die zur Niederlassung im ländlichen Raum bereit sind. Dabei muss unter anderem ein Notdienstsystem etabliert sein, das die Verpflichtungen zum Einsatz auf ein attraktives Maß reduziert und finanziell von der Ärzteschaft getragen werden kann.

Der Kreistag hat den Kreisausschuss beauftragt, auf die Kassenärztliche Vereinigung (KV) und die Ärzte in der Region einzuwirken, damit eine ausgewogene Lösung zur Sicherstellung der Versorgung und der künftigen Attraktivität von Niederlassungen im ländlichen Raum gewährleistet wird.

Er begrüßt, dass der Kreisausschuss im Januar zu einer Gesundheitskonferenz einladen wird, bei der die KV Hessen die Pläne zur Neuorganisation vorstellt, um sie zu diskutieren.

Der Kreistag ist daran interessiert eine vernünftige Lösung zu finden, die eine gute Notfallversorgung ebenso sicherstellt, wie eine gute ärztliche Regelversorgung auf dem Land. Bevor der Kreistag die Pläne der KV bewertet, sollten diese zunächst vorgetragen und mit den Betroffenen diskutiert werden.

Lassen Bus und Bahn Behinderte stehen?

In ihrem Buch „Mundtot“ beschreibt Maria Langstroff, dass sie als Rollstuhlfahrerin während ihres Studiums in Marburg mehrfach von Bussen und Zügen nicht mitgenommen wurde – auch im Winter. Vor diesem Hintergrund stellte die Grüne Kreistagsfraktion die Anfrage, ob dem Kreisausschuss solche Vorkommnisse bekannt seien und ob es eine zentrale Beschwerdestelle gebe.

Darauf antwortet der Erste Kreisbeigeordnete Dr. Karsten McGovern: „Dem Kreisausschuss ist bekannt, dass Menschen mit körperlicher Behinderung, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind, den öffentlichen Nahverkehr nur eingeschränkt nutzen. In den letzten Jahren wurden Haltestellen umgestaltet und es werden im eigentlichen Linienverkehr Niederflurfahrzeuge eingesetzt, so dass es zu Verbesserungen der Situation gekommen ist.“ Beschwerden lägen nicht vor. „Sollte es künftig zu derartigen Vorkommnissen kommen, bitten wir um sofortige Information, am besten mit Angabe der betreffenden Linie, der Uhrzeit und der Haltestelle oder des Ortes“ so McGovern.

Die zentrale Beschwerdestelle für den regionalen Bus- und Schienenverkehr ist das 24-Stunden-Service-Telefon des RMV unter 01801-7684636. Das Beschwerdemanagement des Regionalen Nahverkehrsverbandes Marburg-Biedenkopf ist unter 06421-4051378 oder per Mail unter rnv@marburg-biedenkopf.de erreichbar.

Newsletter: Jetzt abonnieren!

Um unseren Newsletter zu abonnieren, klicken Sie sich einfach auf www.gruene-marburg.de. Dort finden Sie den Punkt „Newsletter“. Tragen Sie Ihre E-Mail ein – und schon bekommen Sie die Grünen-News regelmäßig. Oder senden Sie eine E-Mail an kreisverband@gruene-marburg.de.

Impressum

V.i.S.d.P.:
Bündnis 90/Die Grünen
Kreistagsfraktion
Marburg-Biedenkopf
Sandra Laaz
Geschäftsstelle:
Frankfurter Straße 46
35037 Marburg

THM: Biedenkopf ist jüngster Hochschulstandort Hessens

Bildungs- und strukturpolitischer Meilenstein im Hinterland

Am 28. September 2012 wurde die Außenstelle Biedenkopf des dualen Studiums StudiumPlus der Technischen Hochschule Mittelhessen (THM) eröffnet. Zunächst beginnt der Studienbetrieb mit dem Bachelor-Studiengang Maschinenbau, Fachrichtung Formgebung. „Auf Anregung der Grünen brachte die Koalition einen Antrag in den Kreistag ein, die Initiativen und Planungen sowie das Angebot des Kreisausschusses zur Ausstattung und kostenlosen Nutzung von Räumen am Standort der beruflichen Schulen in Biedenkopf zu unterstützen“, so die Fraktionsvorsitzende Sandra Laaz. Diese Bemühungen waren erfolgreich – und damit ist Biedenkopf der jüngste Hochschulstandort Hessens.

Im Hinterland hat die formgebende Industrie nicht nur eine große Tradition, sie ist einer der stärksten Wirtschaftszweige des Hinterlandes. Die Fachrichtung Formgebung will die THM im Hinterland anbieten, weil sie sehr speziell auf die Bedürfnisse der dort ansässigen Firmen zugeschnitten ist. Das Studienangebot im Bereich Ingenieurwesen richtet sich an Schüler des Gymnasiums und der Fachoberschule sowie Berufsgruppen aus der Metall-, Kunststoff- und Werkzeugverarbeitung.

Von besonderer Bedeutung ist, dass das intensive, praxisnahe Studium nicht nur auf die Vermittlung von Fachwissen ausgerichtet ist, sondern auch viel Wert auf



die Persönlichkeitsentwicklung der Studierenden legt. So wurden bewusst Unternehmensethik, soziale Kompetenzen und Etikette in die Curricula der Studiengänge aufgenommen.

Durch das neue Studienangebot der Außenstelle der Technischen Hochschule Mittelhessen in Biedenkopf entsteht für junge Leute, die mit der Region verbunden sind, eine hervorragende Möglichkeit, ein Studium vor Ort abzuschließen und damit ihre Zukunft dort zu gestalten. Gleichzeitig wirkt die angebotene Form der praxisnahen Ausbildung der THM dem akuten Mangel von Führungskräften und Fachkräften entgegen und stärkt somit die wirtschaftliche Entwicklung im Hinterland.

Aber dies soll nur ein erster

Schritt sein. Bei der Eröffnung gab der Erste Kreisbeigeordnete Karsten McGovern auch einen Ausblick in die Zukunft. Es sei geplant, das sanierungsbedürftige Werkstattgebäude abzureißen und stattdessen einen Neubau zu errichten, in dem neben den beruflichen Schulen auch die Hochschule langfristig optimal untergebracht werden kann. Wenn alles klappt, könne dies schon 2015 fertiggestellt sein. Sandra Laaz erklärte, dass die Fraktion der Grünen ein solches Vorhaben unterstützen werde. „Zwar ist die Haushaltslage des Kreises sehr angespannt, dies ist aber eine lohnende Investition in die Zukunft und ein großartige Chance zur Verbesserung der Infrastruktur im Hinterland, die nachhaltig wirkt.“

Cölber „Solaracker“ ist am Netz

In Cölbe ist der „Solaracker“ ans Netz gegangen. Auch Mitglieder der Grünen-Kreistagsfraktion waren vor Ort, um sich ein Bild von dem Projekt zu machen, das für das Ziel des Landkreises, bis 2040 seine Energie selbst herzustellen, ein weiterer Baustein ist.

„Gelingen ist hier gerade auch mit der Schaffung einer großen Kiesfläche für den vom Aussterben bedrohten Flussregenpfeifer die Verknüpfung oder Vereinbarung von Klima- und Energiewendeziele mit dem berechtigten Anliegen des Naturschutzes“, freut sich Heinz Palz-Gerling von der Kreisfraktion.



Schulstandorte sichern

Verbundschule soll Synergien nutzen, um Schulen zu erhalten

Die Mittelpunktschulen in Breidenbach und Steffenberg sowie die Stadtschule Biedenkopf sollen sich bis zum Schuljahr 2014/15 zu einer Verbundschule zusammenschließen, um den Fortbestand aller drei Schulen zu sichern.

Sabine Matzen machte in ihrer Rede zu einer großen Anfrage vor dem Kreistag deutlich: „Es geht um ein vorrangiges Ziel: Die Verbundschule soll Schulstandorte sichern. Die Auflage der Landesregierung zur Schließung eines Schulstandortes wäre erfolgt, wenn keine Verbundlösung gefunden worden wäre.“

Verschiedenste Wege seien im Gespräch mit den betroffenen Gemeinden, Eltern, Schulen, dem Staatlichen Schulamt und dem Hessischen Kultusministerium ausgelotet und dann das Konzept der Verbundschule entwickelt worden. Denn, so Matzen: „Die Demografie lässt keine Wahl.“

Gerade in ländlich geprägten Gebieten sei die Kooperation auch verschiedener Schulformen unumgänglich. Auf Zuzüge zu warten helfe leider ebenso wenig, wie auf Vorgaben für kleinere Klassengrößen vom Land.

„Wir Grüne sind nicht für zentrale Großprojekte, um dann mit Unmengen an Schulbussen



die Luft zu verpesten, wenn die weiter entfernte Schule vielleicht sogar in einem anderen Bundesland erreicht werden muss.“

Vor allem den Eltern – und damit auch der Kommune – läge die wohnortnahe Beschulung am Herzen. Die Argumente gegen die Verbundschule seien zum Großteil persönlicher Natur.

„Der Verbund ist eine Chance – auch, wenn der Preis dafür hoch ist“, so Matzen. Um eine Verbundschule zu gründen, gebe es formal leider keine anderen Möglichkeiten, als die einzelnen selbstständigen Schulen erst aufzulösen, das Kollegium zusammenzufassen und die Schulleitung neu zu strukturieren.

Je größer die Zahl der Parallelen Unterrichtsräume sei, desto

interessanter könne das Angebot und desto besser die Förderung der Schüler werden. Dabei würden die konzeptionellen Stärken der einzelnen Schulen mit einbezogen.

Zudem gebe es flexiblere Handlungsmöglichkeiten im Hinblick auf Änderungen in der Bildungspolitik. Das Schulamt unterstütze die Schulen auf dem Weg zur Verbundschule, es finde eine externe Beratung statt und den Schulen werde ein Projektmanager zur Seite gestellt.

„Wir müssen die Energien für die Entwicklung einer zukunftsfähigen Verbundschule nutzen“, macht Sabine Matzen deutlich. Denn nur die Attraktivität des Lernumfeldes sichere auch die Schulstandorte.

Problem: Arbeitszeit im Rettungsdienst

Die Kreistagsfraktion der Grünen machte sich ein Bild zur Situation des Rettungsdienstes: Sie besuchte den DRK-Rettungsdienst Mittelhessen in seiner Rettungswache Marburg-Süd. Geschäftsführer Markus Müller erläuterte den Ablauf von Einsätzen bei einer Führung durch die Wache. Im Anschluss standen aktuelle berufs- und gesundheitspolitische Themen im Vordergrund, die den Rettungsdienst derzeit beschäftigen.

So ist im Rettungsdienst immer noch eine Arbeitszeitverlängerung gültig. 48 Stunden pro Woche arbeiten die Mitarbeiter im Einsatzdienst, berechnet werden jedoch nur 39 Stunden. „Man geht davon aus, dass die Mitarbeiter die einsatzfreien Zeiten auf der Rettungswache auch als Ruhezeiten nutzen können“, erläuterte Müller. Die Realität sieht jedoch anders aus: So habe in den letzten Jahren eine starke Arbeitsverdichtung stattgefunden, wodurch die Mitarbeiter seltener in



den Rettungswachen seien. „Die Zeit in der Wache sei häufig keine Freizeit, denn es müssten dann auch Betriebsroutinen erledigt werden. „Diese Situation ist auf Dauer unhaltbar“, so Markus Müller. „Wir setzen uns dafür ein, dass die Anwesenheitszeiten perspektivisch verkürzt werden.“

Müller warb für politische Unterstützung in Bezug auf das Rentenalter: Im Rettungsdienst gebe es kein vorgezogenes Renteneintrittsalter und keine Ausstiegsmo-

delle, wenn gesundheitliche Probleme aufträten. „Und die sind vorprogrammiert“, so Müller. Es sei die Ausnahme, dass ein Einsatzdienstmitarbeiter das normale Rentenalter erreiche. Die Arbeit sei körperlich sehr belastend – durch schweres Heben und Tragen und durch den Schichtdienst. „Gerade ältere Kollegen geraten dann leicht in die Berufsunfähigkeit und müssen mit reduzierten Bezügen in einen vorgezogenen Ruhestand gehen“, so Müller.

Hähnchenmast: Grüne begrüßen Aus in Fronhausen

Nachdem bekannt wurde, dass der Antrag auf eine Hähnchenmastanlage in Fronhausen zurückgezogen wurde, zeigt sich die Grünen-Kreistagsfraktion erleichtert: „Wir begrüßen, dass der Antrag zurückgezogen wurde. Damit wird auch der Konflikt vor Ort entschärft“, sagt Sandra Laaz.

Laaz weiter: „Wir setzen uns grundsätzlich weiterhin mit allen Mitteln und auf allen politischen Ebenen sowohl gegen solche Mastanlagen als auch für einen schnellen Ausstieg aus der Käfighaltung von Legehennen ein.“

Dank der EU-Eierkennzeichnung könnten Verbraucher beim Eierkauf ein klares Zeichen gegen die Käfighaltung setzen. Die meisten Handelsketten hätten reagiert und Käfigeier aus den Regalen genommen. Doch in vielen Produkten würden nach wie vor Käfigeier eingesetzt – ohne Kennzeichnung. „Dort können die Verbraucher Eier aus Quälhaltung nur ächten, wenn sie Bio-Produkte kaufen. Darum fordern wir die Ausweitung der Eierkennzeichnung auch auf verarbeitete Produkte.“

Frauenförderplan verabschiedet

Der Kreisausschuss hat im September den neuen Frauenförderplan verabschiedet. Dazu macht Prof. Dr. Angela Thränhardt deutlich: „Trotz aller Anstrengungen verdienen Frauen immer noch signifikant weniger als Männer. Dieses gesamtgesellschaftliche Phänomen ist auch beim Landkreis zu beobachten. Betrachten wir zum Beispiel die Beamten, so sind Frauen in den Gehaltsgruppen A10-A16 unterrepräsentiert, in denen darüber dagegen überrepräsentiert.“

Der Kreis biete bereits eine Fülle von Arbeitszeitmodellen an, um eine Berufstätigkeit mit Kindererziehung oder Pflege zu vereinbaren. „Leider ist in unser aller Köpfen aber eine Führungskraft immer noch als jemand verankert, der immer verfügbar ist, 70 Stunden pro Woche arbeitet und sonst zu nichts kommt.“ Hoffnung mache das Führungsnachwuchskonzept, wo sich 10 Frauen und 4 Männer qualifizieren könnten. „Vielleicht können wir ja in sechs Jahren eine Erhöhung des Frauenanteils auch auf den oberen Rängen beobachten.“

Fraktion informiert sich über Integration

Besuch bei Integral / Schulverpflegung an zwei Standorten ausgezeichnet

Mit hohen Vermittlungsquoten in den Ersten Arbeitsmarkt kann die Integral GmbH in Cölbe punkten. Daher informierte sich die Grüne Kreistagsfraktion vor Ort. Geschäftsführer Helge Micklitz gab einen Überblick über die Arbeitsbereiche wie Recyclinghof, Schulservice, Schulmilch-Lieferservice, Garten- und Landschaftsbau und Orientierung/Qualifizierung. Die hohen Vermittlungsquoten in den Ersten Arbeitsmarkt zeugen dabei von der erfolgreichen Arbeit von Integral – und die etablierten Dienstleistungen wie Recyclinghof, ComeBack-Kaufhaus oder das Schulmilch-Projekt sind nicht mehr wegzudenken.

Diskutiert wurden auch Fragen zur Verweildauer in den Projekten, die stark von der Art der Projekte und den individuellen Voraussetzungen der zu qualifizierenden Menschen abhängen. Die Integration von Migranten sei auch für Integral eine Herausforderung. Sprachkurse spielten eine wichtige Rolle. Diese würden möglichst in den Arbeitsprozess und die Arbeitszeit integriert.

Besonders erfreut zeigte sich die Kreistagsfraktion, dass seit September die Milch von der Marburger Traditionsmolkerei bezogen werde. „Faire Preise für unsere



Nahrungsmittel sind eine alte grüne Forderung, und der Protest der Milchbauern in den letzten Jahren war mehr als berechtigt. Die Initiative der Milchbauern in unserem Landkreis, die Milch selbst zu vermarkten, ist ein in jeder Hinsicht unterstützender Schritt“, verdeutlicht Nadine Bernshausen.

Grundsätzlich habe sich die Platzierung von Bio- und fair gehandelten Produkten aufgrund des höheren Preises aber als schwierig erwiesen. Integral versuche einen langsamen Weg hin zu mehr Bewusstsein und vermehrtem Einsatz von Bio-Produkten zu gehen. Das könne sich erst ändern, wenn die Schulspeisung integraler Bestandteil der Schulkultur werde, aber das brauche einen langen Atem.

Aus der Fraktion kam der Wunsch nach weitgehender Verwendung von Bioprodukten im Herstellungsprozess von Speisen. Das solle auch in der Kantine der Kreisverwaltung versucht werden. „Schließlich heißt es auch in der Koalitionsvereinbarung des Landkreises, dass „in den Kantinen des Landkreises (...) zukünftig ausschließlich gentechnikfreie Produkte sowie ökologisch erzeugte und fair gehandelte Milch und Warmgetränke angeboten werden“, verdeutlichte Laaz.

Wie gut das Schulesen im Landkreis sein kann, belegt die Auszeichnung der AG-Schulverpflegung der Hochschule Niederrhein: Sie hat zweimal ihre höchste Auszeichnung, nämlich

drei Kochmützen, für die neuen Verpflegungsangebote in der Gesamtschule Niederwalgern vergeben. Und die Gesamtschule Gladenbach bekam trotz weniger moderner Räume und Ausstattung zwei Kochmützen.

Der bundesweit bekannte Ernährungswissenschaftler Professor Dr. Volker Peinelt begleitete über ein Jahr die beiden Schulen bei der Umsetzung des neuen Konzeptes von Beginn an wissenschaftlich. „Die Untersuchungsergebnisse zeigen, dass im Landkreis Marburg-Biedenkopf eines der besten Schulverpflegungsangebote Deutschlands besteht.“

„Die Auszeichnungen freuen uns sehr und zeigen, dass auch in der Schulverpflegung mit dem richtigen Konzept und engagierten Partnern ein hoher Qualitätsstandard möglich ist“, betonte der Erste Kreisbeigeordnete und Schuldezernent Dr. Karsten McGovern. Die positiven Zertifizierungsergebnisse bestätigten darüber hinaus das Engagement des Kreises für gutes Schulesen. „Auf der Grundlage der guten Erfahrungen, die wir in der Zusammenarbeit mit der Hochschule Niederrhein gemacht haben, möchten wir diese wichtigen Erkenntnisse nutzen, um die Attraktivität der Schulverpflegung im Landkreis weiter zu steigern.“

Fracking: Gasgräberstimmung auch in unserem Landkreis?

Unter dem Thema „Fracking – wie groß ist die Gefahr?“ stand eine Veranstaltung der Grünen Kreistagsfraktion in Rauschenberg. Mehr als 50 Interessierte konnte Reiner Nau, der die Veranstaltung moderierte, in Bracht begrüßen. Er stellte heraus, dass sich der Kreistag am 4. Mai einstimmig gegen das Fracking ausgesprochen habe.

Referent war Rudolf Schäfer, Mitglied des BUND Landesvorstandes aus Frankenberg. In einer sehr ausführlichen Präsentation

erläuterte er das Fracking, bei dem unter hohem Druck ein Gemisch aus Wasser, Sand und Chemikalien in den Untergrund gepresst, um gashaltige Gesteinsschichten aufzusprengen und so das Gas zu fördern. Experten sehen beim Fracking Gefahren für das Trinkwasser und den Boden und stellen die Klimabilanz in Frage. Das Aufsuchungsfeld „Adler South“ tangiert auch nördliche Bereiche des Landkreises Marburg-Biedenkopf. Schäfer beleuchtete das Fracking

detailliert – die Präsentation gibt es auf www.gruene-marburg.de.

Im Anschluss gab Angela Dorn-Rancke, Grüne Landtagsabgeordnete aus Marburg und Sprecherin für Umwelt, Energie und Klimaschutz, einen Überblick über den derzeitigen Stand aus Landessicht.

Die Experten hätten das Risiko für das Grundwasser, die Problematik der Entsorgung giftiger Abwässer und anderer noch nicht bewertbarer Fragestellungen deutlich gemacht. „Die Grünen sind in ihrer

ablehnenden Haltung gegenüber Fracking bestärkt worden und teilen die Auffassung der vielen besorgten Bürgerinnen und Bürger. Sie lehnen vor allem Experimente mit dem Grundwasser ab“, machte Angela Dorn-Rancke deutlich.

Sie betonte, dass mehrfach das Moratorium in Nordrhein-Westfalen gelobt worden sei. Die Landesregierung müsse endlich ihre Möglichkeiten nutzen und auch für Hessen ein Fracking-Moratorium aussprechen.

Historisch: Energiegenossenschaft gegründet

Am 2. Oktober fand die Gründungsversammlung der Energiegenossenschaft Marburg-Biedenkopf statt. „Damit haben nun alle Bürgerinnen und Bürger der Region die Möglichkeit, am Ausbau der Erneuerbaren Energien teilzuhaben und davon zu profitieren“, macht Martin Bergmann deutlich.

Dies sei insbesondere wichtig, da Landkreise und kleinere Kommunen keine eigenen Stadtwerke besäßen, durch die sie Einfluss auf die regionale Energieproduktion

nehmen könnten. „Die Wertschöpfung bleibt in der Region und fließt nicht an Großkonzerne und -investoren ab. Dabei sind Genossenschaften demokratisch organisiert – und mit einer Einlage von 100 Euro kann jeder Mitglied werden“, so Bergmann. Auch Mitglieder der Grünen-Kreistagsfraktion zeichneten Anteile.

„Wermutstropfen: Die 145 Gründungsmitglieder wählten 19 Männer und nur eine Frau in den Aufsichtsrat“, so Bergmann.

